

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896

568 (4.12.1896) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Freitag, 4. Dezember.

Mittagblatt.

№ 568.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelber frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

Deutscher Reichstag.

Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

* Berlin, den 3. Dezember.

Präsident v. B. u. l.: Ich kann es nicht dulden, daß der Reichstag das Verhalten der Mannschaften des „Altis“ herabwürdigend kritisiert. (Beifall rechts.)

Abg. Liebknecht: Die Ehre der Bergleute ist aber genau dieselbe wie die der Marineleute. Was den Streik in Hamburg betrifft, so hat die Sozialdemokratie damit nichts zu thun; er ist nur eine Erscheinung des Klassenkampfes. Daß englisches Geld dabei im Spiele war, ist völliger Unsinn. Nun hätte man gestern ein Schiedsgericht zu Stande gebracht, die Genossen haben selbst zugestimmt, aber da weigern sich im letzten Moment die Arbeitgeber. v. Kardorff hat gesagt, der Arbeiter sinke in der Stadt auf ein tieferes Niveau, als auf dem Lande. Auf dem Lande aber werden die Arbeiter wie Hunde behandelt. Man habe, als er in England gewesen, unser Schulwesen gepriesen; aber Frankreich habe uns längst darin überflügelt. Man müsse nur den Etat ansehen, um das Wesen unseres Staates mit einem Schlage zu erkennen. Der erste Etat von 1872 belief sich im ganzen auf 110 1/2 Millionen Thaler oder 333 Millionen Mark, heute aber beträgt er viermal mehr. In gleichen Maße sind die einzelnen Theile des Etats gewachsen, am meisten natürlich die Kosten für den Militarismus. Abgesehen davon, daß ein Militärstaat größer sein kann, als ein ziviles, daß es billiger ist als das letztere, macht es vor allen Dingen solche Auswüchse einfach unmöglich. Die Regierung muß doch endlich einmal einsehen, daß wir nicht im Stande sind, uns eine Flotte zu schaffen, welche Rußland und Frankreich in einem Kriege gewachsen wäre. Der Reichstag ist ja nicht einmal Herr in seinem eigenen Hause. Auch der Prozeß Lützow zeigt wieder, daß in den höheren Regionen Intriguen niedriger Art spielen. Nur von einer vernünftigen Sozialreform sei eine Gesundung der Verhältnisse zu erwarten. Seine Partei werde festhalten an dem Grundsatz: Keinen Mann und keinen Groschen weder für den Militarismus noch für den Maritimus. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Boetticher: Es wird Niemand von Ihnen erwarten, daß ich diese schon so oft gehörte abweichende Welt- und Verfassungsanschauung bekämpfe. Es würde wie früher vergeblich sein. Daß die Sozialdemokratie noch viel wachsen werde, glaube ich nicht. Ich bin der Ansicht, daß alle, welche sich an den Thaten der Väter und den Eigenschaften des deutschen Reiches erfreuen, sich fest zusammenschließen werden zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. An einen Staatsstreik ist nicht zu denken und von einer Auflösung des Reichstages ist noch mit keiner Silbe die Rede gewesen. Das sind Phantome, welche gebildet werden, um nach außen zu wirken. Was nun den Streik in den Hafenstädten betrifft, so hat es noch nicht einen ungerechtfertigten Streik gegeben, als den der Schauerleute und Hafenarbeiter. Der Verlauf des Streiks läßt die treibenden Kräfte gleich erkennen. Ich lasse es dahingestellt, ob bei dem Entstehen desselben von englischer Seite mitgearbeitet worden ist. Ich möchte nicht einen Vorwurf gegen die englischen Arbeiter treiben. Wir haben mit dem Streik nichts zu thun, sagen unsere Sozialdemokraten. Nun, warum sind denn dann die Herren v. Elm, Vegien und Molkenbührer in Hamburg und warum helfen sie nicht hier die Bänke zu füllen? Wie kommt es, daß man einen der Herren in einem Schuppen damit beschäftigt fand, die Arbeiter zu haranguiert. In Bremen ist es gelungen, den Streik beizulegen. Ich hoffe, daß es auch in Hamburg bald gelingen wird. Ich hoffe, es wird auch weiter der Fall sein. Auch bei den Arbeitern ist der beste Wille vorhanden. Wer es gut meint mit den Arbeitern, der muß mit mir die Hoffnung hegen, daß es recht bald gelingen möge, den Streik beizulegen. (Beifall.)

Staatssekretär Holmann weist darauf hin, daß in dem letzten Berichte des Kommandanten des „Altis“ ausdrücklich gesagt ist, daß das Schiff vorläufig noch weitere zwei Jahre seetüchtig sei. Die Ursache des Unterganges sei die durch den heftigen Sturm gesteigerte Strömung in der Nähe der Rüste. Den Kommandanten trifft keine Spur eines Vorwurfs. Nun werde darüber geredet, daß die Mannschaften im Augenblick des Todes an den Kaiser gedacht habe. Wer einmal der Feier der Rettenvereidigung beigewohnt habe, der wisse die hohe Bedeutung dieser Feier zu würdigen und verstehe es, daß diese Straben im letzten Augenblicke ihres Kaiser und ihres Gottes gedacht haben.

Führ. v. Stumm (Abt.) bemerkt, in dem Streik der Hafenarbeiter haben unzweifelhaft sozialdemokratische Agitatoren die Hand im Spiele gehabt. Dadurch, daß die Hamburger Arbeitgeber das Schiedsgericht abgelehnt haben, haben sie sich um die Allgemeinheit wohl verdient gemacht. (Zustimmung rechts.)

Es folgt hierauf eine Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Grafen Schwerin-Dwiz und Richter darüber, daß die Landwirtschaftskammer von Pommern von den Probantämtern die Mittelstellung der von der Militärverwaltung bezahlten Preise gefordert habe.

Abg. Auer (Soz.) führt aus, die Darlegungen des Staatssekretärs v. Boetticher beweisen, daß man in dem Kurse der Sozialpolitik eine vollkommene Schwankung zurück zu der alten Politik des Fürsten Bismarck gemacht habe. Wenn nun Staatssekretär v. Boetticher bemängelt, daß die Abgg. v. Elm, Molkenbührer und Vegien in Hamburg statt im Reichstage seien, so solle er doch wissen, daß der Hamburger Polizeisensor nachmann sich an v. Elm gewendet hat bezügl. Beilegung des Streiks. Die Arbeitgeber, welche das Schiedsgericht ablehnten, wollen die Ar-

beiter müde machen durch Hunger und Noth, aber die Arbeitgeber werden an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen.

Staatssekretär v. Boetticher konstatiert, daß die Hafenarbeiter mehr verdienen, als Auer angeführt habe. Man könne den Arbeitgebern nicht verdenken, daß sie das Schiedsgericht ablehnten, wo ein Arbeiter vier Arbeitern gegenübersehen könnte. Wahr ist, daß ein internationaler Arbeiterstreik inscenirt werden sollte. Hoffentlich ist nunmehr der deutsche Arbeiter gewilligt und läßt ein andermal andere die Kasanien aus dem Feuer holen. (Beifall rechts.)

Parlamentarischer Bevollmächtigter Lutemann bemerkt: Wenn die Sozialdemokraten behaupten, sie seien gegen den Streik gewesen, so geben sie doch damit zu, daß der Streik ungerechtfertigt ist. Die Hamburger Arbeiter sind aufgeregter. Man hat täglich auf sie eingeredet, ihre Lebenshaltung sei eine unwürdige, und nun, da der Streik ausgebrochen ist, thun die Sozialdemokraten, als seien sie unschuldig daran. Möge Jeder an seinem Theil zum Frieden beitragen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Liebknecht (Soz.) und Molkenbührer (Soz.), welcher, soeben von Hamburg kommend, nochmals die dortige Lage schildert, und nach einer nochmaligen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Richter (fr. Bpt.) und Graf Schwerin-Dwiz (kons.) über die Angelegenheit der pommerschen Landwirtschaftskammer wird die Debatte geschlossen. Der Etat wird in üblicher Weise der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Tagesordnung: Handelsvertrag mit Nicaragua, Rechnungssachen und Petitionen. Schluß 5 1/2 Uhr.

* Zum Ausstand der Hafenarbeiter.

(Telegramme.)

* Hamburg, 3. Dez. Heute Früh wurden hier Flugblätter verbreitet, welche die Streikenden zum zahlreichen Besuch von neun verschiedenen Versammlungen bezügl. Stellungnahme zu der durch die Arbeitgeber erfolgten Ablehnung des Schiedsgerichtes auffordern. Die beiden größten Versammlungen waren die der Schauerleute und die der Ewerführer. In der ersteren besprach Reichstagsabgeordneter Frohne die Ablehnung; eine angenommene Resolution besagt, die bisherige Ruhe solle auch ferner beobachtet werden, aber es solle mit allen zu Gebote stehenden Kräften der Kampf fortgesetzt werden, damit er für die Streikenden siegreich verlaufe. Die Versammlung der Ewerführer erklärte sich damit einverstanden, wenn die Streikkommission einen Generalstreik beantragen würde. Die Versammlung der Seeleute, Schiffsbreite und Kesselreiner beschloß, die Streikkommission zur Verkündung des Generalstreikes aufzufordern.

Der Prozeß Lützow.

(Telegramme.)

* Berlin, 3. Dez. Der Staatssekretär geht sodann auf die „Staatsbürgerzeitung“ ein, die seit Jahresfrist Artikel veröffentlicht habe, welche bezwecken, das Auswärtige Amt als Ausgangspunkt von Intriguen gegen andere hohe Stellen zu bezeichnen. Im vorigen Jahre erschien in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein Artikel über die Militärstrafprozeßnovelle. Damals deutete die „Staatsbürgerzeitung“ ebenfalls an, daß die Quelle des Artikels im Auswärtigen Amt zu suchen sei. Der Artikel bezwecke, den Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff gegen den Minister v. Köller zu hegen. Die angelegten Ermittlungen nach dem Verfasser hatten nur den Erfolg, zu konstatieren, daß im Ministerium des Innern keinerlei Indiskretion begangen wurde. Nach Einleitung des Prozesses gegen den Freiherrn v. Lützow habe der Staatssekretär v. Marschall vom Kriegsminister v. Goltz erfahren, daß der Kriminalkommissar v. Tausch Herrn Kufusch aus dem literarischen Bureau des Ministeriums als denjenigen bezeichnet habe, der ihm anvertraute Geheimnisse verrathen haben sollte. Kommissar v. Tausch habe erklärt, daß Frhr. v. Lützow ihm diese Mittheilung gemacht habe. Dann sei im „Hamb. Korresp.“ ein Artikel über die Strafprozeßordnung erschienen, ebenso am 23. April in der „Köln. Ztg.“ ein Artikel ähnlichen Inhalts, der Dinge enthüllt, die der Verfasser nur durch Vertrauensbruch erfahren konnte. Auch hier habe man auf das Auswärtige Amt gewiesen. Zeuge habe vor einigen Tagen der „Kölnischen Zeitung“ angezeigt, daß dieser Artikel im gegenwärtigen Prozeß eine Rolle spielen werde, und hieran das Erluchen geknüpft, ihm nunmehr den Verfasser zu nennen. Darauf habe er gestern ein Schreiben erhalten, worin sich der bekannte Militärschriftsteller Hauptmann a. D. Frhr. König als Verfasser bekannt, aber gleichzeitig die Versicherung abgab, daß seine Informationen nicht von irgend einem Beamten herrührten, es sich vielmehr um eine Privatarbeit handle. Der Staatssekretär erörtert sodann die Geschäftsführung des Preßbureaus des Auswärtigen Amtes, das unter der Leitung des Geh. Legationsraths Dr. Hammann stehe. Das Preßbureau sei ein

„nothwendiges Uebel“. Es gebe eine ganze Reihe von Blättern, welche die auswärtige Politik unterstützen, dadurch, daß sie der Regierung günstige Artikel aufnehmen, oder dadurch, daß sie beim Preßbureau des Auswärtigen Amtes anfragen lassen, ob von der ausländischen Presse verbreitete Nachrichten über deutsche Verhältnisse auch der Wahrheit entsprechen. Es habe aber dem Auswärtigen Amte stets fern gelegen, irgend welchen Einfluß auf die Tendenz der Blätter auszuüben, die von ihm Informationen erhalten. Dr. Hammann empfangen die Vertreter der Presse und habe strenge Weisung, bei Ertheilung von Informationen alles zu vermeiden, was in der Öffentlichkeit irgend eine Beunruhigung herbeiführen könne. Auch betreffend die bekannten „Hamburger Enthüllungen“ habe er angeordnet, daß außer den beiden Artikeln des „Reichsanzeigers“ keinerlei Informationen erfolgen sollten, aber trotzdem seien wohl über hundert Artikel über dieses Thema erschienen. Auch diese würden dem Auswärtigen Amt in die Schuhe geschoben. Dies sei der Punkt, wo die Presse selbst ansetzen müsse, um Änderungen herbeizuführen. So wie hier werde bei allen auswärtigen Ministern der Dienst mit der Presse gehandhabt. Das Auswärtige Amt könne unmöglich behaupten, weil es gewisse Beziehungen mit bestimmten Blättern unterhalte, für alle Artikel dieser Blätter einstehen! Solche Blätter bleiben völlig unabhängig! Der Staatssekretär erwähnt dann die heitere Thatsache, daß auch Artikel, die gegen ihn selbst gerichtet waren, für offiziös ausgegeben worden seien. Vom Auswärtigen Amt seien niemals persönliche Angriffe ausgegangen weder gegen frühere Minister und Beamte. Auf weiteres Befragen erklärt der Staatssekretär, daß er unter allen Umständen Strafantrag gestellt hätte. Dr. Floetz habe dem Staatsinteresse durch Entlassung Lützows einen wichtigen Dienst geleistet. Von Verriath könne keine Rede sein. Ueber die mala fides der „Staatsbürger-Zeitung“ habe kein Gerichtshof zu entscheiden, aber wenn Jemand so systematisch mit Anlagen gegen das Auswärtige Amt vorgehe, wie die „Staatsbürger-Ztg.“, so müsse man doch annehmen, daß einem Thatsachen bekannt sein müssen. Es frage sich, auf Grund welchen positiven Materials die „Staatsbürger-Ztg.“ sich berechtigt glaube, systematisch so schwere Angriffe gegen das Ministerium zu richten. Bisher sei ein solches Material nicht in die Erscheinung getreten. Auf die Bemerkung des Vertheidigers Habel, den in der Presse seit Jahren bestehenden Klagen über offiziöse Preßwirthschaft müsse abgeholfen werden, erklärt der Staatssekretär, er könne die Beziehungen der Presse nicht noch enger ziehen, als er gethan habe, wenn nicht die Staatsinteressen darunter leiden sollten. Er wünsche, mit der Presse überhaupt nichts zu thun zu haben, denn er wisse, daß damit immer Anfeindungen verknüpft seien; aber es gehe nun einmal nicht anders. Die „Preßwirthschaft“ liege in erster Reihe darin, daß gewisse Blätter eine Polemik mit anderen nicht führen zu können glauben, ohne den Gegner als offiziös zu denunzieren.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 3. Dez. Von der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages wurde nicht die Wahl des Abg. Scholz, wie der „Vorwärts“ meldete, sondern die Wahl des Abg. Holz (Marienwerder-Schweß) für ungültig erklärt.

* Berlin, 4. Dez. Nach den Morgenblättern ist die Angelegenheit der Entsendung von Sachverständigen nach Ostasien zum Studium der dortigen Verhältnisse hinsichtlich der Produktion soweit gefördert, daß in Aussicht genommen ist, die Expedition mit dem am 27. Januar von Bremen abgehenden Lloyd-Dampfer „Sachsen“ hinauszufenden. Zur Erörterung der den Sachverständigen zu stellenden allgemeinen Aufgaben findet im Reichsamt des Innern am 11. Dezember eine Versammlung der Interessenten statt.

* Stuttgart, 4. Dez. Bei der Landtagsstichwahl in Cannstatt siegte Pfaff (Deutsche Partei) mit 4100 Stimmen über den Sozialdemokraten Tauscher, für den 3516 Stimmen gezählt wurden. Zwei kleine Orte stehen noch aus.

* Rom, 3. Dez. Die Regierung erhielt eine Depesche des Konsulats aus Sansibar, welche besagt: Die Karawane des Konsuls Cecchi zur Erforschung des Flußlaufes des Webi Schebeli ging am 25. v. M. nach Mogadischu und übernachtete in Sofolo, 20 km landeinwärts. An der Expedition nahmen Theil der Kommandant der „Staffetta“, Maffei, der Kommandant des „Volturno“, Mongiardini, der Zolldirektor, sieben Offiziere, sechs Unteroffiziere, Soldaten und 70 Askaris. Das Lager wurde Nachts 1 Uhr von Somali-Nomaden angegriffen und beiderseits mehrere Leute getödtet. Am 26. November

